

Wahlprüfsteine Strahlenschutz 2021

Am 26.09.2021 werden durch die Bundestagswahl in Deutschland politische Weichen gestellt, die auch für uns Strahlenschützer Auswirkungen haben werden. Bereits seit längerem hat sich in diesem Zusammenhang die Praxis etabliert, dass Verbindungen und Vereinigungen die politischen Parteien gezielt zu den für ihre Mitglieder bedeutsamen Themen befragen. Damit erhalten die Mitglieder einen Überblick über die Positionen der Parteien zu ihrem Interessengebiet, ohne in Wahlprogrammen danach suchen zu müssen.

Der FS e.V. hat sich in diesem Jahr dieser Praxis angeschlossen. Durch das Direktorium wurden sechs Fragen mit gesellschaftlicher Bedeutung formuliert. Im Zuge des Einreichens dieser Fragen zeigte sich allerdings, dass von den im Bundestag vertretenen Parteien Eingabeformulare vorgegeben waren, die die Fragen auf 300 Zeichen inklusive Leerzeichen beschränkten. Aus diesem Grund mussten die Fragen an die Bundestagsparteien etwas gestrafft werden. In den Kästen 1 und 2 sind die Fragen aufgeführt.

Die Fragen wurden im Juli an alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie die Parteien, die im Europäischen Parlament mit mindestens einem Abgeordneten vertretenen sind und sich zur Bundestagswahl bewerben, übermittelt. Die Antworten finden Sie in der Übersicht wiedergegeben.

Das Direktorium des FS hofft, mit dieser Aktion den Mitgliedern des FS aber auch anderen an unseren Themen Interessierten einen schnellen und einfachen Vergleich der Parteipositionen zu ermöglichen. Egal wie Ihre Entscheidung dann ausfällt, wichtig ist: nehmen Sie an der Wahl teil.

Renate Czarwinski / Präsidentin FS e.V.

Wahlprüfsteine Strahlenschutz 2021

Frage 1	Der Ausbau des Mobilfunks mit der 5G-Technologie hat begonnen. Gleichzeitig werden Fragen zu damit verbundener Strahlung und deren Gesundheitsgefährdungen gestellt. Frage: Welche Position bezieht ihre Partei hinsichtlich des Ausbaus der 5G-Netze und der in diesem Zusammenhang diskutierten Risiken?
Die Linke	Grundsätzlich wollen ein einheitliches Mobilfunknetz aus einer Hand, das eine Abdeckung der gesamten Fläche sichert: Ein einziges Netz ist kostengünstiger als parallele Netze und mindert die Strahlenbelastung; die Konkurrenz der Anbieter führt zu unnötigen Mehrfachstrukturen und an vielen Stellen zu gar keinem Netz. Für bestimmte Anwendungen und Kommunikationsbereiche hat die 5G-Technologie im Mobilfunk deutliche Vorteile gegenüber anderen Übertragungsprotokollen (3G, 4G). DIE LINKE nimmt aber die Sorgen um die Auswirkungen von 5G auf Menschen und Natur sehr ernst. Wir haben erreicht, dass sich das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) dieses Themas mit einem eigenen Arbeitsbericht widmet. Noch immer sind mögliche Gesundheitsschäden durch EM-Felder und HF-Frequenzen umstritten. Der Umstand, dass mögliche Wirkmechanismen bisher weder belegt noch ausgeschlossen werden konnten und es technisch und ethisch unmöglich ist, eine Vergleichsstudie mit Kontrollgruppen von Menschen durchzuführen, lässt sichere Einschätzungen bislang kaum zu. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass weitere Studien finanziert und auch im Ausland erstellte Studien berücksichtigt werden, um die Auswirkungen von Mobilfunktechnologien und insbesondere hochfrequenter Strahlungen noch genauer zu verstehen. Falls erforderlich, sollten

	Regulierungen so angepasst werden, dass Gesundheit und Verbraucherschutz jederzeit und auch langfristig gewährleistet sind.
Bündnis 90/ Die GRÜNEN	Wir GRÜNE setzen uns für den Ausbau eines umwelt- und gesundheitsverträglichen schnellen Mobilfunkinternets ein, wobei alle rechtlichen Möglichkeiten zur Reduzierung der Mastendichte genutzt werden sollten, etwa auch Vorgaben zum Lokalen oder National Roaming beim 5G-Ausbau. Wir setzen uns für eine Überarbeitung der Empfehlung des Rates der Europäischen Union 1999/519/EG ein, dabei soll der aktuelle Wissensstand aufgegriffen und ein hohes, harmonisiertes Schutzniveau festgelegt werden. Das in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung bereits für den niederfrequenten Bereich verankerte Minimierungsgebot muss unter Anwendung des Standes der Technik auf den gesamten Bereich der nichtionisierenden Strahlung ausgedehnt werden. Und auch in Zukunft muss die Entscheidung, ob eine Schule oder ein Krankenhaus mit einem Funkmast ausgestattet wird, weiterhin beim jeweiligen Schul- oder Krankenhaussträger liegen.
	Antwort ausstehend: AfD, CDU, FDP, SPD
Frage 1	Der Ausbau der Mobilfunknetze mit der 5G-Technologie hat begonnen. Gleichzeitig werden in der Bevölkerung Fragen zu der damit verbundenen Strahlung und mögliche Gesundheitsgefährdungen gestellt. Daher fragen wir: Welche Position bezieht ihre Partei hinsichtlich des Ausbaus der 5G-Netze und der in diesem Zusammenhang diskutierten Risiken?
ÖDP	Einige der Risiken von 5G sind längst bekannt, nämlich soweit bisher genutzte Frequenzen und 4G+ Techniken verwendet werden. Dazu kommen neue Risiken durch die höheren Frequenzen und Beamforming. Deshalb lehnen wir 5G ab, bis dessen Unschädlichkeit zumindest plausibel gemacht wird. Die aktuellen wissenschaftlichen Ergebnisse lassen jedoch keine andere Position zu als ein vorläufiges Verbot von 5G.
	Antwort ausstehend: Die Partei, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, Tierschutzpartei, Volt

Frage 2	Das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle hat begonnen. In diesem Prozess ist es bereits zu vielfach kontroversen Reaktionen gekommen. Frage: Wie beabsichtigt Ihre Partei die Akzeptanz eines tiefen geologischen Endlagers radioaktiver Abfälle zu unterstützen?
Die Linke	DIE LINKE setzt sich für ein möglichst sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle ein und hat sich gegenüber dem jetzt gültigen Standortauswahlgesetz für ein Mehr an Transparenz und Beteiligung für die Öffentlichkeit ausgesprochen. Die Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle muss im nationalen Rahmen erfolgen. Der Umgang mit dem Atommüllerbe darf nicht tatenlos den nachfolgenden Generationen überlassen werden. Auf der Basis des Atomausstiegs kann ein solches möglichst sicheres Endlager nur gefunden werden, wenn maximale Transparenz und Beteiligung auch mit entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten für die Betroffenen eingeräumt werden. Dafür hat sich die DIE LINKE immer wieder eingesetzt. Um die Akzeptanz zu erhöhen, ist ein Verbot der Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung und als Waffe im Grundgesetz zu verankern. Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Atomanlagen müssen die Atomkonzerne tragen.
Die GRÜNEN	Die Endlagersuche kann nur erfolgreich sein, wenn die Menschen von Anfang an dabei sind. Die Bürger*innen, die in der Nähe des endgültigen Standortes leben, schultern eine gewaltige Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Das können wir

	ihnen nur abverlangen, wenn sie das Suchverfahren von Beginn an begleiten, nachvollziehen und falls nötig anhalten können. Dieses Versprechen ist im Standortauswahlgesetz festgelegt. Die dazugehörigen fünf Prinzipien der Endlagersuche, partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend, müssen von allen Akteuren gelebt werden. Auf den ersten Terminen der Fachkonferenz Teilgebiete haben wir gesehen, dass die Zivilgesellschaft selbstbewusst, engagiert und kritisch mitwirkt. Die derzeit laufende Diskussion über die Einrichtung weiterer Beteiligungsformate zeigt, dass etliche der festgelegten Prinzipien funktionieren. Wir GRÜNE müssen die Beteiligung wo sinnvoll ausweiten und die Endlagersuche konstruktiv begleiten.
	Antwort ausstehend: AfD, CDU, FDP, SPD
Frage 2	Das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle hat in Deutschland begonnen. Im Ergebnis dieses Prozesses ist es bereits zu vielfach kontroversen Reaktionen gekommen. Daher fragen wir: Wie beabsichtigt Ihre Partei die Akzeptanz eines tiefen geologischen Endlagers radioaktiver Abfälle zu unterstützen?
ÖDP	Bisher wurde weltweit noch kein einziges Konzept vorgelegt, das eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle garantiert. Man bedenke: PU242 hat eine Halbwertszeit von 370.000 Jahren und ist allein aus den deutschen AKWs im Tonnenbereich zu lagern. 30 µg davon reichen, wenn sie in der Luft fein verteilt sind, um einen Menschen zu töten. Bisher wurde weder in Deutschland noch im Ausland eine geologische Formation gefunden, die einen Einschluss auf die nötige Zeitspanne sicherstellt. Solange es kein sinnvolles Konzept für die Endlagerung gibt, sondern nur die bisher angedachten faulen Kompromisse, muss das Material in einer erdbebensicheren, aber rückholbaren Form gelagert werden.
	Antwort ausstehend: Die Partei, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, Tierschutzpartei, Volt

Frage 3	Die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle ist nötig, um die Nutzung von Radionukliden in der (Nuklear-)Medizin, der Industrie und in der Forschung langfristig zu sichern. Frage: Welche Möglichkeiten favorisiert Ihre Partei zur Entsorgung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle?
Die Linke	Nach Einschätzung der Partei DIE LINKE ist das derzeit geplante Endlager im Schacht Konrad nach Stand von Wissenschaft und Technik und mit Blick auf die Langzeitsicherheit nicht geeignet. Wie im Falle der hochradioaktiven Abfälle (Gorleben) hat es auch für die leicht- und mittelradioaktiven Abfälle keine sicherheitsorientierte Standortauswahl gegeben. Daher ist ein Neustart und Alternativenvergleich wie im Falle der hochradioaktiven Abfälle erforderlich. Außerdem könnte durch die Rückholung der ASSE-Abfälle und die Uran-Abfälle aus der Anreicherung in Gronau weiterer Atommüll anfallen, der im Schacht Konrad nicht eingelagert werden kann. Das Nationale Entsorgungsprogramm der Bundesregierung und auch das Standortauswahlgesetz benennen das Problem zwar, bieten aber keinen sinnvollen Ansatz, auch diese Abfälle in die Endlagersuche einzubeziehen. Analog zum Verfahren wäre auch für diese Abfälle eine umfassende gesellschaftliche Partizipation und eine gesellschaftliche Beteiligung an einem Neustart erforderlich.
Die GRÜNEN	Für die tiefe geologische Einlagerung eines Teils der hierzulande in den Zwischenlagern und Landessammelstellen lagernden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle ist das Endlager Konrad in Salzgitter vorgesehen. Dies wird allerdings nicht für alle angefallenen und noch anfallenden Abfälle, auch aus

	dem medizinischen und dem Forschungsbereich, ausreichen. Deshalb müssen wir ein weiteres tiefeingeologisches Endlager für diese schwach- und mittelradioaktiven Abfälle in den kommenden Jahrzehnten finden.
	Antwort ausstehend: AfD, CDU, FDP, SPD
Frage 3	Die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle ist nötig, um die sichere Nutzung von Radionukliden in der (Nuklear-)Medizin, der Industrie und in der Forschung langfristig sicher zu stellen. Außerdem müssen Altbestände, wie z.B. die rückzuziehenden Gebinde aus der Schacht-anlage Asse2 und Hinterlassenschaften der Urananreicherung in Gronau entsorgt werden. Daher fragen wir: Welche Möglichkeiten favorisiert Ihre Partei zur Entsorgung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle?
ÖDP	Oberstes Gebot ist die Vermeidung von radioaktivem Müll. Bei dem bereits vorhandenen müssen genaue Analysen dazu führen, ihn nach seiner Aktivität und deren Halbwertszeit in Fraktionen aufzuteilen, für die jeweils eine passende Lagerstätte gefunden werden muss. Beispielsweise sind für Gebinde mit geringer Wärmeentwicklung und passenden Halbwertszeiten einige Lagerstätten mit Granit geeignet.
	Antwort ausstehend: Die Partei, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, Tierschutzpartei, Volt

Frage 4	In Deutschland fallen (u.a. beim Rückbau von Kernkraftwerken) Abfälle an, die geringfügig radioaktiv kontaminiert sind und als gewöhnliche Abfälle deponiert werden können. Frage: Wie steht Ihre Partei zur Freigabe von schwach radioaktiv kontaminierten Abfällen zur Deponierung?
Die Linke	Auch gering kontaminierte Abfälle aus dem Rückbau sollten gegenüber den jetzt gültigen Regelungen unter verbesserten und kontrollierten Bedingungen gelagert werden. Insofern dürfen sie nicht wie gewöhnliche Abfälle gelagert werden. Eine Freigabe zur Verwendung im Straßenbau oder anderenorts sollte ausgeschlossen werden.
Die GRÜNEN	Das Freimessungsverfahren führt zu Sorgen in der Bevölkerung. Es bedarf erhöhter Transparenz und umfangreicher Information der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich Überprüfungen des Freigabeverfahrens. Die Strahlung freigegebener Stoffe ist um den Faktor 200 kleiner als die natürliche Strahlung in Deutschland und vor diesem Hintergrund einzuordnen, ohne deshalb als unbedenklich erklärt zu werden. Ein „Deponie Plus“-Modell, wie es in Schleswig-Holstein diskutiert wurde, ermöglicht die Dokumentation der Chargen und ihre Rückholbarkeit und kann so Vertrauen in das Verfahren fördern. Vor dem Hintergrund der baldigen Stilllegung aller deutschen AKW und der bereits stark wachsenden Mengen an Rückbauschutt aus dem Nuklearbereich braucht es einen nachvollziehbaren, glaubwürdigen Prozess.
	Antwort ausstehend: AfD, CDU, FDP, SPD
Frage 4	Im Rahmen der Anwendung von Radionukliden z.B. in der Medizin und insbesondere beim Rückbau von Kernkraftwerken fallen Abfälle an, die so geringfügig radioaktiv kontaminiert sind, dass sie nach den aktuellen Vorschriften des Strahlenschutzrechts freigegeben und als gewöhnliche Abfälle deponiert werden können. Wir fragen in diesem Zusammenhang: Wie steht Ihre Partei zur Freigabe von schwach radioaktiv kontaminierten Abfällen zur Deponierung?
ÖDP	Um das Material freizumessen, wird es oft so stark verdünnt, dass es den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Das ist Augenwischerei, weil die Radioaktivität

	dadurch in keiner Weise verkleinert wird, aber die Wahrscheinlichkeit, jemanden zu schädigen, stark ansteigt. Man bedenke, dass es keine untere Grenze gibt, ab der Radioaktivität unschädlich wäre; man kann lediglich Wahrscheinlichkeitsangaben machen.
	Antwort ausstehend: Die Partei, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, Tierschutzpartei, Volt

Frage 5	Die Nutzung von weiterentwickelten Kernreaktoren ist eine international diskutierte Möglichkeit der CO2-armen Energieproduktion zur Grundlastversorgung. Frage: Wie sieht Ihre Partei die Möglichkeit einer weiteren Nutzung der Kernenergie mittels neuer, sicherer Reaktortypen in Deutschland und Europa?
Die Linke	Die Nutzung der Atomenergie in allen Formen ist immer auch mit militärischem Missbrauchsrisiko verbunden - das gilt auch für vermeintlich neue Reaktormodelle. Auch "neue" Reaktoren sind nicht per se sicherer, sondern bleiben eine Gefahr für Menschen und Umwelt. Hinzu kommt, dass in einer Welt wachsender Terrorgefahren Atomanlagen als Angriffsziele dienen können. Die Kosten der Erneuerbaren Energien sind erheblich niedriger und diese Techniken stehen sofort oder zeitnah zur Verfügung. Geld, welches in die Atomenergieforschung für neue Reaktoren gesteckt wird, fehlt heute für den Klimaschutz. Die Atomenergieforschung sollte daher umgehend eingestellt werden. Wir wollen den Ausstieg aus der Atomkraft im Grundgesetz festschreiben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abschalten. Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein.
Die GRÜNEN	Eine weitere Nutzung der Atomkraft durch neue Reaktortypen lehnen wir GRÜNE ab. Reaktoren der vierten Generation sind vor allem hochriskante Luftschlösser, die Milliarden verschlingen, von einer eventuellen Inbetriebnahme noch viele Jahrzehnte entfernt sind, keine Alternative für das Endlager-Problem bieten und sogar noch waffenfähiges Material produzieren würden. Ebenso wie die Kernfusion kämen sie überdies viel zu spät, um beim dringlichen Erreichen der Klimaziele überhaupt etwas beizutragen. Die Zukunft der Energieversorgung wird dagegen vielfältig, flexibel und vor allem erneuerbar sein. Forschungsgelder müssen deshalb von atomarer Forschung umgewidmet werden und in die Forschung zum Gelingen der Energiewende investiert werden (Netze, Speicher, etc.), wo sie einen Beitrag zum Überleben unseres Planeten leisten können. Jeder Euro, der in die Erforschung von Generation IV-Reaktoren gesteckt wird, verhindert genau das.
	Antwort ausstehend: AfD, CDU, FDP, SPD
Frage 5	Deutschland wird 2022 aus der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung aussteigen. Die Nutzung von weiterentwickelten Kernreaktoren ist eine im internationalen Maßstab diskutierte Möglichkeit der CO2-armen Energieproduktion zur Grundlastversorgung. Daher fragen wir: Wie sieht Ihre Partei die Möglichkeit einer weiteren Nutzung der Kernenergie mittels neuer, sicherer Reaktortypen in Deutschland und Europa?
ÖDP	Kernenergie ist nicht CO2 -frei, wenn man den gesamten Brennstoffzyklus und den Bau der AKW beachtet. Daher ist dies der falsche Weg. Die Grundlast in unseren Stromnetzen erzeugt man besser mit Wasserstoff, der eventuell nach der Erzeugung in eine andere chemische Verbindung wie Methan umgewandelt wird. Der Wirkungsgrad ist auf jeden Fall besser als bei AKWs, aber darauf kommt es nicht an, weil uns Sonne und Wind gratis zur Verfügung stehen.

	Antwort ausstehend: Die Partei, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, Tierschutzpartei, Volt
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------

Frage 6	In Deutschland wurde Lehre und Forschung zu Radioaktivität systematisch zurückgefahren. Frage: Sehen Sie einen Bedarf an einer stärkeren staatlichen Förderung von Forschung und Kompetenzerhalt auch auf dem Gebiet der Nutzung ionisierender Strahlung und radioaktiver Stoffe in Medizin und Wirtschaft?
Die Linke	Es gibt bereits Initiativen bzw. Maßnahmen zum Kompetenzerhalt in Fragen der nuklearen Sicherheit und im Strahlenschutz. Eine Reduzierung gegenüber früheren Standards ist angesichts der Atomenergieausstiegs logisch und folgerichtig. Ein Kompetenzerhalt für die Sicherung medizinischer Anwendungen muss gewährleistet sein.
Die GRÜNEN	Es ist wichtig, zukunftssträchtige Bereiche der Strahlenforschung wie z.B. die Strahlenschutzforschung oder die Strahlenmedizin gezielt zu fördern, denn ihre Rolle in der Vermeidung, in der Früherkennung und in der Behandlung von Krankheiten wie Krebs ist entscheidend. Darüber hinaus müssen Kompetenzen in Kernbereichen wie die Anlagensicherheit erhalten werden, nicht zuletzt damit Deutschland in diesen Fragen weiterhin mitreden kann. Nur so wird es z.B. seine Einspruchsmöglichkeiten bei Neubau oder Laufzeitverlängerung von Atomanlagen in Europa völlig ausschöpfen können.
	Antwort ausstehend: AfD, CDU, FDP, SPD
Frage 6	Die Nutzung von radioaktiven Strahlenquellen in der Medizin und der Industrie erfordert Kompetenz und Innovation. In Deutschland sind in den vergangenen Jahrzehnten Lehr- und Forschungseinrichtungen, die sich mit diesen Themen befassten, systematisch zurückgefahren worden. Daher fragen wir: Sehen Sie einen Bedarf an einer stärkeren staatlichen Förderung von Forschung und Kompetenzerhalt insbesondere auch auf dem Gebiet der Nutzung ionisierender Strahlung und radioaktiver Stoffe in Medizin und Wirtschaft?
ÖDP	Nein, diesen Bedarf sehen wir nicht. Im Gegenteil: Forschungsgelder sollten für moderne, umweltfreundliche Verfahren ausgegeben werden. Lediglich bei der Behandlung der verschiedenen Tumoren wäre es sinnvoll, die Bestrahlung mit den jeweils optimalen Elementarteilchen (im wesentlichen Protonen, Neutronen, Pionen und Kaonen) bezahlbar zu machen. Dazu ist noch viel Forschung nötig.
	Antwort ausstehend: Die Partei, Familienpartei, Freie Wähler, Piraten, Tierschutzpartei, Volt